

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 S., 1/2jährlich 1.50 M.
vierteljährlich frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezahbar, kostet
monatlich 10 S., 1/2jährlich 30 S.

Volkswort

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Beitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volkswort Halle/Saale.

Nr. 265

Halle a. S., Freitag den 12. November 1897.

8. Jahrg.

Zur Stadtverordnetenwahl.

II. Die öffentliche Stimmenabgabe.

Au der Einteilung der Wahlberechtigten in drei Vermögensklassen gestellt sich als zweites den Unbemittelten zugesüßtes schweres Unrecht der Forderung auf öffentliche Stimmenabgabe. Die Reaktionen bringen es natürlich fertig, auch dieses Unrecht in eine Tugend umzuliegen. Sie sagen frisch und froh, wie das nun einmal ihre Art ist, die öffentliche Abstimmung erziehe den Wähler zur Offenheit, Wahrhaftigkeit, Ueberzeugungstreue. Dabei weiß die Heuchelstippe ganz genau, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit es den Arbeitern fast unmöglich macht, ihre Ueberzeugungstreue bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, obwohl sie von dieser Eigenschaft häufig genug in ihrem kleinen Finger mehr besitzen, als jene Pharisäer am ganzen Leibe. Der satte Philister hat freilich gut reden. Er kennt nicht das Gespenst der Arbeitslosigkeit; er weiß nicht, was es für eine Arbeiterfamilie bedeutet, mit Hund und Kegel nach einem anderen Orte überfaheln zu müssen; vor seiner Thür haben noch nie Hunger und Elend geklopft.

Dieses den Arbeitern, welche nicht den Mut besitzen, in einer Arbeiterversammlung zu erscheinen und ihre Ueberzeugung zu vertreten, obwohl sie ganz genau wissen, daß es keinem Arbeiter einfallt, sich an ihnen zu bereuen, wenn sie auch noch so kühnmes Zeug quassieren, dieses den Arbeitern wegen es, dem Arbeiter böhmisch zujurieren, er könne durch öffentliche Stimmenabgabe seine Ueberzeugungstreue beweisen.

Doch sei es drum! Die Arbeiterkassen und die Kleingewerbetreibenden, die sich aus dem Sumpf spießbürgerlicher Anschauungen erhoben haben, wissen ja längst, woran sie mit jenen Pharisäern und Schwachsüßigen sind. Unbeirrt und sich selbst treu folgen sie ihren Weg bei den Wahlen. Sie wissen auch, daß ein anständiger Arbeitgeber es seinem feineren Arbeiter verdankt, wenn dieser bei Wahlen für den Kandidaten eintritt, der seine Interessen am besten wahrnimmt. Und die anderen Arbeiter, die froh genug sind, vom Arbeiter zu verlangen, daß er nicht nur seine Arbeitskraft, sondern auch seine Zustimmung dem Unternehmer verkauft, verdienen es natürlich nicht, daß der Arbeiter um ihre Willen an sich, seiner Familie und seiner Klasse zum Verräter wird. Ein Arbeitgeber, der es über sich gewinnt, einen Arbeiter um dessen Abstimmung willen außer Lohn zu jagen, wird das auch ohne diesen Anlaß bei erster Gelegenheit fertig bringen. Das Fernbleiben von der Wahl oder das Verleugern der Ueberzeugung bei der Stimmabgabe sind somit die ungerühmtesten Verleumdungsmittel, die der Arbeiter in Hinsicht auf seine wirtschaftliche Abhängigkeit anwenden kann. Im Gegenteil: Wenn jeder froh und frei an den Wahltag tritt und den Mann seiner Ueberzeugung wählt, so gewöhnt sich das Unternehmertum sehr schnell daran, daß die Arbeiter sich bei aller ökonomischen Abhängigkeit doch ihre volle politische Selbständigkeit wahren, und die Furcht vor Maßregelungen wegen der Abstimmung bei Wahlen ist dann ein für allemal überwandbar.

Welcher erfreuliche Fortschritt ist darin schon bei den letzten beiden Wahlen erreicht worden! Die Sozialdemokratie trat in Halle 1893 zum erstenmale in die Stadtverordnetenwahlen ein. Damals vereinigten unsere Kandidaten nur 1019 Stimmen auf sich, während die Gegner mit 2553 Stimmen in allen fünf Bezirken siegten. Vor zwei Jahren war das Ergebnis schon bedeutend günstiger; da standen 1973 sozialdemokratische Stimmen den 2852 gegnerischen gegenüber, und in zwei Wahlbezirken (Glaucha und Königsviertel) siegten wir, im Königsviertel allerdings erst in der Stichwahl. Selbzig ist diesmal, in allen Bezirken die doppelte Stimmenzahl auf unsere Kandidaten zu verzeichnen — und das muß möglich sein, wenn alle Arbeitermänner ihr Interesse erkennen — dann werden alle fünf Bezirke erobert werden.

Zum besseren Vergleich seien die Ergebnisse der beiden letzten Wahlen nach Bezirken geteilt angegeben.

	1893			1896 (Hauptwahl)		
	so. St.	geg. St.	auf.	so. St.	geg. St.	auf.
I. Bezirk (Marktviertel)	133	403	536	219	360	579
II. - (Königsviertel)	213	362	575	373	529	902
III. - (Glaucherviertel)	436	610	946	958	619	1578
IV. - (Rauchb. Viertel)	83	658	746	130	685	815
V. - (Reinmarktviertel)	149	630	779	286	659	945
	1019	2553	3572	1973	2852	4825

Bei je 35 Wählern wählten also 1893 nur 10 den sozialdemokratischen Kandidaten und 25 den Gegner. 1896 hatte sich das Verhältnis schon auf 14 zu 21 zu unseren Gunsten verschoben, und wenn diesmal die vielen Laufende, welche

bisher in unbegreiflicher Verleumdung der Wahlbedeutung vom Wahltag ferngehalten sind, ihrer Pflicht als Bürger gewännen, dann schnappt es, dann haben wir unsere Kandidaten in allen fünf Bezirken durchgebracht. Liegt man die Wählerlisten durch, so stellt sich heraus, daß von den 16 209 Wählern dritter Klasse mindestens 13 000 Arbeiter sind. Die bürgerlichen Parteien werden sich diesmal voraussichtlich nicht mehr den Luxus erlauben, mehrere Kandidaten für denselben Bezirk aufzustellen. Unsere Wahlschritte haben nach dieser Richtung ihren entscheidenden Einfluß auf die Gegner geltend gemacht. Wenn wir aber den vereinigten Gegnern gegenüberstehen, so müssen eben auch alle Arbeiter antreten.

Das Ziel der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung muß sein, sämtliche 18 Sitze der 3. Klasse zu erobern; die Gegner haben dann immer noch deren 36 inne. Sie dürfen sich also nicht belagen, daß sie zu kurz kämen. Die 18 Sitze der 3. Abteilung werden uns aber nur dann zu fallen, wenn die gemündete Käuflichkeit und Quenlichkeit bei den Wählern ein Ende nimmt und alle vor dem Wahltag treten. 1895 beteiligten sich von den eingeschriebenen Wählern nur 28.6 Proz. im 1. Bezirk, 29.1 Proz. im 2. Bezirk, 35.8 Proz. im 3. Bezirk, 29.9 Proz. im 4. Bezirk und 26.5 Prozent im 5. Bezirk. Bei so geringer Beteiligung lassen sich natürlich keine Siege erringen. Glaucha und das Königsviertel haben schon 1895 bewiesen, wie den Gegnern die Wasser abzugeben sind; mögen die anderen Bezirke diesmal daselbe erreichen. Bei jedem Eifer kann es nicht fehlen. Nehmen wir uns ein Beispiel an Berlin. Dort sind vor zwei Jahren 14 964 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden und 16 492 gegnerische, am Montag aber 20 179 sozialdemokratische und nur 19 485 gegnerische. Wenn jeder Wähler der 3. Abteilung vom rechten Eifer geleitet ist und den Ernst der Lage begriffen, dann kann es nicht ausbleiben, daß in Halle ein gleich erfreuliches Ergebnis erzielt wird. Warum das notwendig ist, werden die weiteren Wahlzettel darthun.

Tagesgeschichte.

Die Wasserparatieren greifen schon zu den verächtlichsten Mitteln, um Stimmung für die typischen Flottenpläne zu machen. Die Kreuzzeitg. führt als Beweis dafür an, daß die Deutschen Geld zum Wegwerfen haben, indem sie 700 bis 800 Millionen Mark an argentinischen, griechischen, portugiesischen, jeftischen und ägyptischen Papieren verloren haben. Gemerkt sei, daß die Hall. Ztg. in ihrer Abendnummer vom Mittwoch diesen saulen Bauer als eines geistigsten Produkt ihren Lesern vorlegt. Daß die Wasserparatieren die Anlage von Werken in Kriegsschiffen in Parallele bringen zu den erdlosen Werken, ist charakteristisch. Um die Arbeiter für die Flottenpläne einzuwagen, beruft sich die Kreuzzeitg. dann auch noch auf eine Auslassung des Reichensates Dr. deutsche Detonomist. Das Blatt hatte geschrieben, fast der volle Betrag der aufzuwendenden Summen würde für Arbeitelöhne aufgewendet, und wenn die sozialdemokratischen Agitatoren wirklich das Wohl der Arbeiter im Auge hätten, dann müßten sie für die Flottenpläne sein. Für wie einfindlich halten die Leute den deutschen Arbeiter, wenn sie meinen, er siele auf diese lächerliche Begründung herein. Abgesehen davon, daß von den 60 bis 70 Millionen Mark, die jährlich in Deutschland für den Bau von Kriegsschiffen ausgegeben werden, noch keine 20 Millionen auf Arbeitelöhne entfallen, würde es doch viel richtiger sein, man heute für das Geld Schulhäuser und Arbeiternwohnungen oder dergleichen es auf Verdrängung der Arbeiter als Konkurrenz der erwachsenen Arbeiter ic.

Politik in Kriegerkreisen. Daß die Krieger- und Miniarbeiter förmliche Politik treiben sollen, verlangte unlängst das am 31. Oktober in Neuenburg (Württemberg) stattgehabene Bezirkskongress der Prinz von Weimar. Dieser Agitator für den württembergischen Kriegerbund sagte u. a.:

Wenn auch der Krieg nur selten in Gefahr kommt, seine Unterthanen um Unterstützung mit der Waffe in der Hand aufzurufen, so giebt es für jedes einzelne Mitglied des Kriegerbundes bei den Wahlen Gelegenheit genug, seine Kriegerkreise Geltung zu verschaffen. Wir beweißen, daß der Prinz mit diesen Worten ein nennenswertes Resultat erzielt. Die volksfreundliche Gesinnung greift selbst in den Militärkreisen immer mehr um sich und wird sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen schon zeigen. Also abwarten!

Das Wahlergebnis in der Westpreignitz ist ein schwerer Schlag für die rechtsstehenden Parteien und eine erfreuliche Vorbedeutung für die in nicht mehr ferne Zeit bevorstehenden allgemeinen Wahlen. Auch diese Wahl beweist wieder, wie sehr sich die Konservativen dem Volke entfremdet haben, wie alle Parteien, die auf Volkstümlichkeit Wert legen, gewaltigermassen sich in Gegensatz zu den Konservativen stellen müssen. Bei der Stichwahl hat näm-

Infektionsgebühr
betragt für die hochhaltenen
Pettische oder deren Raum
10 S. für Wohnungs-,
Bereins- und Verammlungs-
ausgaben 10 S. Zeile
Im reaktionären Zeile
kostet die Zeile 50 S.
Inferate für die fällige
Nummer müssen höchstens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
setzungsliste unter Nr. 7268.

lich der freisinnige Volksparteiler Schulz über den konfervativen v. Salbern mit 7481 gegen 5999 Stimmen gesiegt. Den Konservativen ist damit ein Wahlsitz verloren gegangen, den sie seit Anfang an mit einer kurzen Unterbrechung inne gehabt haben. Wie weit ist es mit den Deutschkonfervativen schon gekommen, wenn ein früher so über-eifriger Verfechter ihrer Interessen, wie der Abg. Liebermann v. Sonnenberg, ziemlich unterhändig seinen antienemischen Parteigenossen die Unterstützung des freisinnigen Kandidaten empfohlen konnte. Noch viel bedeutamer ist es, daß die antienemischen Wähler dieser Parole wirklich gefolgt sind und fast ausnahmslos die Unterstützung des so sehr der Hilfe bedürftigen Kandidats v. Salbern unterließen.

Herr v. Salbern hat sich bei der Vorbereitung der Wahl als Verfechter aller agrarischen Forderungen erwiesen, Herr Schulz dagegen ist seiner politischen Stellung nach ein entschiedener Gegner der weissen kleinen und aller großen Mittel, die der Bund der Landwirte vorschlägt; und doch erklärt sich dieser überwiegend ländliche Wahlkreis für den scharfen Gegner der Agrarier, und nicht für den Mann, der jetzt ist, alles zu befürworten, was die eifrigsten Wähler fordern!

In allen Lagern wird dem Wahlergebnisse in diesem vom politischen Leben so fernabliegenden Kreise die größte Bedeutung beigegeben. Herr Schulz ist sicherlich nicht unser Mann, aber seine Wahl ist doch eine hocherfreuliche Ereignis, die beweist, einen wie starken Grad die Wahlerschaft nach links gemacht hat.

Positivlich lassen es die Herren von den rechtsstehenden Parteien an weiteren Anstrengungen, die Wählererschaft aufzuklären, nicht fehlen; dann werden die nächsten allgemeinen Wahlen ein höchst interessantes, aber auch wohlverdientes Strafgericht werden.

Die Westpreignitz der Konservativen hat durch die Westpreignitz eine Verlängerung erfahren. Die Konservativen und Freikonfervativen haben nach einer Zusammenstellung der Freisinnigen Zeitung seit den Hauptwahlen von 1893 verloren.

Embsorn-Binnegern an die Sozialdemokraten. — Blauen an die Sozialdemokraten. — Gerford-Balle an die Nationalliberalen. — Wils-Res an das Zentrum. — Schlettstadt an die Liberalen. — Kolberg-Rödin an die Freisinnige Vereinigung. — Wehlabellan an die Sozialdemokraten. — Bismarck an die Freisinnige Volkspartei. — Schwag an die Polen. — Trossau-Liebermehle an die Freisinnige Volkspartei. — Westpreignitz an die Freisinnige Volkspartei.

Das sind zehn verlorene Kreise. Gewonnen haben die Konservativen nach keiner Richtung hin etwas.

Fürst Bismarck und Oberförster Lange. Als vor mehr denn 20 Jahren der Oberförster Lange eine der besten königlichen Oberförstereien erhielt, um, dem Bräutigam Braulde des Fürsten Bismarck entsprechend, die Verwaltung des Sachsenwaldes zu übernehmen, aber er sicher nicht gedacht, daß ihm später einmal seine Entlassung so plötzlich und unerwartet zugehen würde, wie es im Sommer dieses Jahres geschah ist. Noch viel weniger durfte er wohl erwarten, daß er schließlich wegen des zutreffenden Pensionsgehaltes mit dem Fürsten in Differenzen kommen würde, mit dem er bis zu seinem Fortgang aus Friedrichsruh im besten Einvernehmen gestanden hatte. Wir haben früher berichtet, daß Fürst Bismarck, als er dem Oberförster Lange schickte, diesen aufzufordern, ihm seine Pensionsanträge mitzu-eilen und daß der Fürst, als dies geschah, sich weigerte, die Ansprache anzuerkennen und daß er einen Abzug von 1500 M. machen wollte. Während Lange sein Kubagehalt lediglich auf Grund des Pensionsgesetzes nach Maßgabe seiner Dienstjahre und seines bisherigen Gesamtverdienstes berechnete, begründete der Fürst Bismarck den von ihm gemachten Abstrich damit, daß Lange zu Unrecht allerlei Naturalleistungen in seine Berechnung mit aufgenommen habe, die als „Dienstaufwand“ zu betrachten und nicht pensionspflichtig seien, während Lange dies nicht bloß als billig, sondern als ganz selbstverständlich ansieht. Es müßte doch einen recht peinlichen Eindruck machen, wenn, wie wir bereits kurz mitteilen, der Fürst Bismarck sich am Ende gar noch von einem so alten, treuen Beamten, wie es ihm der Oberförster Lange schafflich so lange gewesen ist, wegen seiner Pension verfallen lassen sollte, zumal die freitige Summe von 1500 M. Mark jährlich für einen so schwach reichen Mann, wie Fürst Bismarck es ist, so gut wie gar nichts, für einen Mann, wie Lange, der für sich absolut nichts erworben hat, aber sehr viel zu bedeuten hat. Da Fürst Bismarck sich indes fortgesetzt weigert, die Pension, die er Lange glaubt mit vollem Rechte zu verdienen zu bewilligen, so hat sich Herr Lange mit schweren Herzen gezwungen gesehen, den Weg der Klage zu beschreiten, um zu dem zu kommen, was ihm seiner besten Ueberzeugung nach rechtlich zusteht.

Waldung, Tischen u. c. Ein großes Schwimmbad für Ostafrika soll nach der Deutsch. Ztg. für 8 Millionen erbaut werden. Dazu kommen Selbstforderungen für Eisenarbeiten in Süd-Afrika.

